



Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat

105455 / 515.00

Aufgaben- und Leistungsüberprüfung "ALÜ 2.0"; Bericht zum Stand der Arbeiten Mai 2016

Antrag

Vom Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten Mai 2016 wird Kenntnis genommen.

Zusammenfassung

Mit dem besten Jahresabschluss seit dem Jahr 2008 zeigt die Rechnung 2015, dass die grossen Anstrengungen zur Haushaltssanierung Früchte tragen. Vom Entlastungspaket im Umfang von rund 20 Mio. Franken, über welches der Gemeinderat am 24. Oktober 2013 befand, sind aktuell 9.4 Mio. Franken beschlossen und 9.7 Mio. Franken abgelehnt worden; 1.9 Mio. Franken sind noch nicht beschlossen. Von den bereits beschlossenen Massnahmen von 9.4 Mio. Franken betreffen 5.5 Mio. Franken Minderaufwendungen und 3.9 Mio. Franken Mehrerträge. Das vom Gemeinderat in Auftrag gegebene Entlastungsziel wurde deshalb verfehlt, weil nicht alle Vorschläge die Unterstützung von Gemeinderat und Volk fanden. In der Dezembersitzung wurde der Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Auftrags mit der Begründung abgelehnt, dass dann der Auftrag für weitere Sparmassnahmen - der bekanntlich bis Ende der Legislaturperiode 2013-2016 vorgesehen ist - fehlen würde. Dagegen wurde die Einsetzung einer gemeinderätlichen Vorberatungskommission "ALÜ 2.1" gutgeheissen. Der Stadtrat wird dieser Kommission Sparvorschläge unterbreiten; finden diese kommissionsintern eine Mehrheit, sollen sie dem Gemeinderat in Form einer Botschaft unterbreitet werden. Die Vorberatungskommission hat in der Zwischenzeit ihre Arbeit aufgenommen; bis Mitte Juni 2016 sind vier Sitzungen eingeplant.





Bericht

1. Ausgangslage

1.1 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 1.0 (ALÜ 1.0)

Als Folge des überwiesenen Auftrags der FDP "zwecks Leistungsoptimierung" unterbreitete der Stadtrat im Jahr 2010 dem Gemeinderat seine Botschaft zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) in der Stadtverwaltung. Konkret wurden 180 Massnahmen zur Verminderung der Ausgaben bzw. Erhöhung der Einnahmen erarbeitet. Die Entlastung der Laufenden Rechnung bei fristgerechter Umsetzung aller Massnahmen nach vier Jahren wurde auf ca. 28 - 30 Mio. Franken veranschlagt. Deren Umsetzung hätte einen Abbau von rund 40 Stellen und Investitionen von rund 17.5 Mio. Franken bedingt. Die Bilanz dieser "ALÜ 1.0" nach den Beschlüssen des Gemeinderates und des Volks (Ablehnung von Kanalgebühr, Steuererhöhung für das Jahr 2011 und Gebührenpflicht auf den Parkplätzen der Oberen Au) führte zu einer Verbesserung der Laufenden Rechnung von 5.3 Mio. Franken (Stand November 2012).

1.2 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 (ALÜ 2.0); Auftrag der GPK

An der Budgetsitzung vom 20. Dezember 2012 stimmte der Gemeinderat folgendem Antrag der GPK zu:

"Der finanzwirksame Aufwand, Stand Voranschlag 2013, ist während der kommenden Legislatur um mindestens 5 % zu reduzieren. Der Stadtrat hat halbjährlich über die geplanten Massnahmen, deren Umsetzung und Auswirkungen zu informieren."

Konkret bedeutet dieser Auftrag, dass bis zum Ende der Legislatur im Jahr 2016 Einsparungen von 10 Mio. Franken erzielt werden müssen; zu Mehreinnahmen äussert sich der Auftrag nicht. Geht man von einem Anteil gebundener Ausgaben von geschätzten 75 % aus, wird deutlich, dass der Spielraum für Einsparungen nicht sehr gross ist.

Die Stossrichtung des Antrags zielt unter anderem auf die Fähigkeit der Stadt, die notwendigen Investitionen wieder aus eigenen Mitteln zu tätigen und den Investitionsstau abzubauen. Damit soll auch ein drohender Wertzerfall bei der Infrastruktur, wie ihn der Stadtrat in seiner Botschaft zum Voranschlag 2013 aufgezeigt hat, vermieden werden.



1.3 Rechnung 2013

Die Rechnung 2013 ist mit einem Ergebnis der Laufenden Rechnung von 1 Mio. Franken gut ausgefallen. Unter Ausklammerung von 5.1 Mio. Franken ausserordentlichen Abschreibungen ist sogar ein Ergebnis von 6.1 Mio. Franken erzielt worden. Trotz dieser guten Werte hat die Nettoverschuldung leicht um 1.4 Mio. Franken zugenommen. Die Rechnung 2013 ist auch deshalb so gut ausgefallen, weil wenig investiert wurde. Mit 22.1 Mio. Franken Nettoinvestitionen konnten nur die dringendsten Vorhaben umgesetzt werden. Die Grundproblematik des städtischen Haushalts bleibt unverändert bestehen. Um Nettoinvestitionen von rund 25 - 30 Mio. Franken ohne Neuverschuldung tätigen zu können, ist eine weitere Ergebnisverbesserung ausgehend vom Voranschlag 2013 von rund 10 Mio. Franken nötig.

1.4 Rechnung 2014

Die Rechnung 2014 spiegelt die obigen Aussagen wider: die Laufende Rechnung 2014 ist mit einem Ergebnis von 3.2 Mio. Franken noch besser als im Vorjahr ausgefallen; erste Sparmassnahmen haben Wirkung gezeigt. Unter Ausklammerung von 4.3 Mio. Franken ausserordentlichen Abschreibungen ist sogar ein Ergebnis von 7.5 Mio. Franken erzielt worden. Die Nettoverschuldung hat um 1.3 Mio. Franken abgenommen. Mit 24.4 Mio. Franken wurde etwas mehr als im Vorjahr investiert. Bei Investitionen von über 26 Mio. Franken wäre aber ein Finanzierungsfehlbetrag entstanden.

1.5 Rechnung 2015 - bester Jahresabschluss seit 2008

Die Erfolgsrechnung weist ein Gesamtergebnis von 11.5 Mio. Franken aus. Aufgrund des unerwartet guten Ergebnisses konnten ausserordentliche Abschreibungen/Rückstellungen von 2.6 Mio. Franken getätigt werden. Ohne diese Massnahmen wäre das Ergebnis mit 14.2 Mio. Franken noch besser ausgefallen. Damit tragen die Sparbemühungen der letzten Jahre, aber auch zahlreiche betriebliche Optimierungen, Früchte. Weiter wirken sich die zurzeit vorteilhaften Rahmenbedingungen positiv auf die finanzielle Lage der Stadt aus (negative Teuerung, sehr tiefe Passivzinsen, Finanzkraftgruppe 2, ansprechende Konjunktur, gute Steuereinnahmen). Zum positiven Ergebnis hat auch eine gute Budgetdisziplin beigetragen. Die Investitionen konnten vollumfänglich aus eigenen Mitteln finanziert werden. Zusätzlich wurde die Liquidität gestärkt. Mit den umgesetzten Sparmassnahmen und den noch zu erwartenden zukünftigen Verbesserungen (z.B. aus der FA-Reform) sollte es möglich sein, zukünftig jährlich 25 - 30 Mio. Franken aus eigenen Mitteln zu finanzieren. ALÜ 2.0 befindet sich damit im vierten und letzten Jahr der Legislatur auf Kurs.



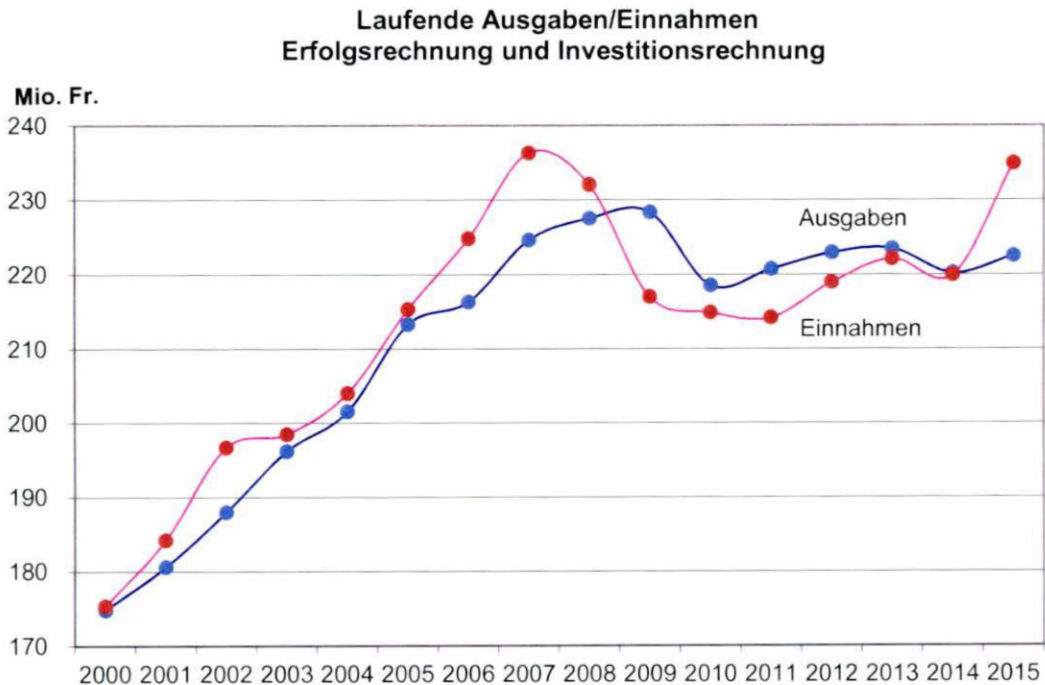
1.6 Analyse der bisherigen Haushaltsentwicklung

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Stadtfinanzen sehr unterschiedlich entwickelt. Während bis zum Jahr 2007 ein starkes Wachstum sowohl beim Aufwand wie auch beim Ertrag feststellbar ist, erfolgte ab 2008 eine abrupte Wende, zunächst bei den Erträgen, gefolgt von einer verzögerten Anpassung beim Aufwand der Laufenden Rechnung und den Ausgaben der Investitionsrechnung. Es ist unter grossen Anstrengungen in der Folge erst im 2014 erstmals gelungen, den Rechnungsausgleich der Finanzierungsrechnung wieder herzustellen. Die einzelnen Phasen sehen wie folgt aus:

- 2002 - 2007: Starkes Wachstum von Einnahmen und Ausgaben mit jährlichen Ertragsüberschüssen der Laufenden Rechnung, verhältnismässig starke Investitionstätigkeit mit Bruttoinvestitionen von jährlich durchschnittlich rund 28 Mio. Franken und Abbau der Nettoverschuldung unter die Grenze von 80 Mio. Franken.
- 2008 - 2010: Rückgang der Einnahmen, verzögerter Rückgang der Ausgaben, Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung, Rückgang der Investitionstätigkeit und Zunahme der Nettoverschuldung. Start von "ALÜ 1.0".
- 2011 - 2014: Konsolidierung bei zu tiefen Einnahmen und/oder zu hohen Ausgaben und zu tiefem Investitionsplafond. Stabilisierung der Verschuldung. Start von ALÜ 2.0.
- 2013 - 2015: Stete Verbesserung dank Sparmassnahmen mit Vorgabe von 5 % des finanzwirksamen Aufwands (ALÜ 2.0). Erhöhung des Investitionsplafonds.



Die grafische Entwicklung seit dem Jahr 2000 sieht wie folgt aus:



Seit dem Jahr 2009 bis ins 2014 waren die laufenden Ausgaben (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) immer höher als die laufenden Einnahmen. Entsprechend hat auch die Verschuldung zugenommen. Im Jahr 2015 konnte erstmals wieder ein Einnahmenüberschuss erzielt werden.

2. Umsetzung von ALÜ 2.0

An seiner Sitzung vom 24. Oktober 2013 behandelte der Gemeinderat die Botschaft zur ALÜ 2.0. Die Vorlage des Stadtrates wurde vom Gemeinderat positiv aufgenommen. Dem Stadtrat wurde attestiert, den Auftrag mit der 5 %-Vorgabe erfüllt zu haben, auch wenn er mit seinen Anträgen für Mehreinnahmen darüber hinausgehe; entsprechend seien diese zwingend für Investitionen zu reservieren. Unter Verweis auf "ALÜ 1.0" wurde betont, dass das von der Vorberatungskommission geschnürte Paket beiden politischen Lagern Opfer abverlangt habe; dies sei auch bei der vorliegenden Version 2.0 anzustreben. Für ALÜ 2.0 wurde eine Vorberatungskommission vom Gemeinderat aber explizit abgelehnt.

Grundsätzlich hätten die ALÜ-Massnahmen als Paket beschlossen werden sollen, um ihre volle Wirkung zu entfalten. Es wurde vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat sämtliche in seine Kompetenz fallenden Massnahmen umsetzen wird und dies auch getan hat. Der Gemeinderat lehnte dann aber nach längerer Diskussion die Aufhebung



der zweisprachigen Klassen mit einem Sparpotential von knapp 2 Mio. Franken ab (Aufhebung der zweisprachigen Kindergärten, Aufhebung der zweisprachigen Klassen Primarstufe, Aufhebung des zweisprachigen Angebots Sekundarstufe I, Aufhebung des Schulhauses Daleu), worauf auch die Erhöhung der Liegenschaftsteuern im Betrag von 4 Mio. Franken abgelehnt wurde. Damit wurden schlussendlich Massnahmen mit einem Volumen von 13.8 Mio. Franken an den Stadtrat zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Die dem Gemeinderat vorgelegten Massnahmen "Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen", "Erhöhung Steuersatz der Handänderungssteuer" und "Umfinanzierung Pensionsversicherung" wurden im Gemeinderat kontrovers diskutiert. Da alle drei Vorlagen nicht einstimmig genehmigt wurden, unterstanden sie dem obligatorischen Referendum (bei den Zusatzleistungen und der Pensionskasse ergaben sich "erhebliche Minderheiten" im Sinne von Art. 38 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat). Auch die Neuauflage der Benutzungsgebühr (Kanalgebühr) wurde nicht einstimmig genehmigt, die Einführung der teilweisen Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au wurde nach dem Willen des Stadt- und Gemeinderates bewusst der Volksabstimmung unterbreitet.

Aus diesen Überlegungen heraus legte der Stadtrat folgende Vorlagen als Paket im Rahmen von ALÜ 2.0 dem Volk am 30. November 2014 zur Abstimmung vor:

a) Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen zu kantonalen Ergänzungsleistungen	Fr. 750'000.--
b) Teilrevision des Steuergesetzes, Erhöhung Steuersatz der Handänderungssteuer	Fr. 1'000'000.--
c) Pensionsversicherung, Änderung der Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beiträge von 60 % : 40 % auf 50 % : 50 %*	Fr. 1'270'000.--
d) Teilrevision des Gesetzes über die Abwasseranlagen/ Einführung einer Benutzungsgebühr	Fr. 2'770'000.--
e) Einführung einer teilweisen Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au	Fr. 445'000.--
Gesamtes jährliches Verbesserungspotential	Fr. 6'235'000.--

*Vorlage c): Sparziel ist erst nach 10 Jahren erreicht

Die Vorlagen b), c) und e) mit einem Spareffekt von 2.7 Mio. Franken wurden angenommen, während die Vorlagen a) und d) mit einem Sparpotential von 3.5 Mio. Franken abgelehnt wurden.

Abstriche am Sparpaket bei gleichzeitigem Festhalten am Sparziel können entweder durch die Kompensationsmassnahmen in Priorität 3 (vgl. dazu ALÜ 2.0-Botschaft vom 1. Oktober



2013, Ziff. 7) oder aber als "ultima ratio" durch Steuererhöhungen kompensiert werden. Zu bemerken ist hierzu, dass die Kompensationsmassnahmen vom Gemeinderat bisher nicht in Erwägung gezogen wurden. Aufgrund der bisherigen Diskussionen und Abstimmungen zu den ALÜ-Vorlagen geht der Stadtrat davon aus, dass es sehr schwierig sein wird, Mehrheiten für neue Sparmassnahmen zu finden.

3. Bisher beschlossene, abgelehnte und noch ausstehende Massnahmen

Bisher wurden die nachfolgenden Massnahmen beschlossen und teilweise bereits umgesetzt, vom Parlament oder vom Volk abgelehnt oder der Beschluss ist noch ausstehend (Details im Anhang):

- | | |
|--------------------------------------|------------------|
| • Bereits beschlossene Massnahmen | 9.4 Mio. Franken |
| • Abgelehnte Massnahmen | 9.7 Mio. Franken |
| • Noch nicht beschlossene Massnahmen | 1.9 Mio. Franken |

Von den bereits beschlossenen Massnahmen von 9.4 Mio. Franken betreffen 5.5 Mio. Franken Minderaufwendungen und 3.9 Mio. Franken Mehrerträge.

Die wichtigsten bisher beschlossenen Massnahmen im Rahmen von ALÜ 2.0 sind folgende:

Anpassung Finanzierungsverhältnis Pensionskasse	1.3 Mio. Franken
Erhöhung Handänderungssteuer	1.0 Mio. Franken
Keine Defizitübernahme der Bürgergemeinde	0.7 Mio. Franken
Reorganisation Departement 3	0.5 Mio. Franken
Krankentaggeldversicherung extern/BU, NBU Prämieneinsparung	0.5 Mio. Franken
Gebührenpflicht Parkplätze Obere Au	0.4 Mio. Franken
Polizei, höhere Entschädigung Kanton	0.4 Mio. Franken
Sportanlagen Einheimischentarif	0.4 Mio. Franken
<u>Übrige Massnahmen (siehe auch Beilage)</u>	<u>4.2 Mio. Franken</u>
Total bisher beschlossene Massnahmen ALÜ 2.0	9.4 Mio. Franken



Ausserhalb von ALÜ 2.0 ist vor allem die Verbesserung im Rahmen der FA-Reform zu erwähnen, bei der es im Rahmen der Mitgliedschaft des Stadtpräsidenten im Grossen Rat gelungen ist, die Entschädigung für die Stadt merklich zu erhöhen. Gesamthaft ist hier mit einer jährlichen Verbesserung von 4.3 Mio. Franken ab 2016 zu rechnen.

Eine Aufwandminderung von 10 Mio. Franken, wie vom Gemeinderat verlangt, kann auch wenn alle noch ausstehenden Massnahmen umgesetzt werden, nicht erreicht werden. Dazu wären weitere Massnahmen nötig. Der Rückblick auf den bisherigen Verlauf von ALÜ 2.0 macht deutlich, dass einerseits der Stadtrat den Auftrag erfüllt hat, andererseits aber politische Entscheide das Ergebnis beeinträchtigt haben. Ein vollständiger Ersatz der bisher abgelehnten Massnahmen durch neue Massnahmen ist nicht möglich. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen in Priorität 3 (vgl. dazu ALÜ 2.0-Botschaft vom 1. Oktober 2013, Ziff. 7) würden zu einem spürbaren Leistungsabbau führen und dürften deshalb kontrovers sein.

4. Angepasste Auftragsmethode - Einsetzung einer Vorberatungskommission

Am 10. Juni 2015 forderte die FDP-Fraktion den Stadtrat auf, in einer angepassten Auftragsmethode aufzuzeigen, wie das Entlastungsziel von 5 % des finanzwirksamen Aufwands dennoch erreicht werden könne. Der Stadtrat beantragte dem Gemeinderat, den Auftrag zu überweisen und den Auftrag der GPK zu ALÜ 2.0 gleichzeitig abzuschreiben. In der Gemeinderatssitzung vom 10. September 2015 wurde der Auftrag zur Weiterbearbeitung an den Stadtrat überwiesen. Der Antrag, ALÜ 2.0 abzuschreiben, wurde hingegen abgelehnt.

Der Stadtrat ist bereit, weitere Entlastungsmassnahmen zu diskutieren, allerdings im Rahmen einer gemeinderätlichen Vorberatungskommission. Er sieht dabei ein gestaffeltes Vorgehen vor. In einer ersten Phase würde der Stadtrat der Kommission mehrere Sparmöglichkeiten zur Diskussion unterbreiten. Es wäre an der Kommission, diese Vorschläge nur auf ihre Mehrheitstauglichkeit zu beurteilen. Sie könnte als Ergebnis einer Gesamtschau schlussendlich dem Stadtrat Aufträge erteilen, welche Massnahmen aus ihrer Sicht weiterverfolgt werden sollten. Der Stadtrat würde anschliessend in einem zweiten Schritt die vorgeschlagenen Massnahmen im Detail ausarbeiten und dem Parlament mittels einer Botschaft zum Beschluss vorlegen.

In der Dezembersitzung des Gemeinderates wurde dieser Vorgehensvorschlag des Stadtrates gutgeheissen. Die eingesetzte Kommission hat in der Zwischenzeit ihre Arbeit aufgenommen. Der Stadtrat hat sich im März 2016 mit neuen Vorschlägen befasst. Für deren Behandlung wurden bis Mitte Juni 2016 vier Sitzungen eingeplant.



5. Finanzieller Ausblick

Für den Ausblick wird die Hauptverbesserung nicht nur aus den ALÜ 2.1-Massnahmen erwartet, sondern auch aus der FA-Reform, welche nach positiver Volksabstimmung per 1. Januar 2016 eingeführt wurde. Es ist für die Stadt mit einem Ausgleich von 4.3 Mio. Franken zu rechnen.

Auf der anderen Seite muss bei der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III mit einem erheblichen Rückgang bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen gerechnet werden. Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich muss weiterhin von zunehmenden Kostensteigerungen ausgegangen werden. Die kantonalen Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert und könnten sich auch negativ auf die Stadtfinanzen auswirken (Zweitwohnungsinitiative, Masseneinwanderungsinitiative, nationaler Finanzausgleich, Ablieferungen Kantonalbank/Nationalbank, Probleme im Bereich der Strombranche/Wasserzinsen usw.). Die gute Budgetdisziplin der städtischen Mitarbeitenden darf auch in Zukunft vorausgesetzt werden, doch kann diese nicht grosse neue Veränderungen auffangen. Dazu sind Beschlüsse von Parlament und Volk als "Besteller" von Leistungen zu fällen.

6. Beurteilung

Die Massnahmen des Entlastungspakets, welche der Gemeinderat dem Stadtrat zur Weiterbearbeitung überwiesen hatte, befinden sich in der Umsetzung. Da keine der vom Stadtrat vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen ("Priorität 3") vom Gemeinderat aufgenommen wurden, lässt sich das Entlastungsziel von 20 Mio. Franken vom Stadtrat alleine nicht erreichen. Der Ball liegt nun bei der Vorberatungskommission zu "ALÜ 2.1", die entscheiden wird, welche der ihr vorgeschlagenen Massnahmen weiter verfolgt werden sollen.

Im Rahmen seiner ordentlichen Verwaltungsführung ausserhalb von ALÜ 2.0 erzielte der Stadtrat seit dem 24. Oktober 2013 zudem stattliche 0.8 Mio. Franken an zusätzlichen, jährlich wiederkehrend Einsparungen (ohne einmalige ausserordentliche Erträge). Diese sind auf der Liste der beschlossenen Massnahmen unter der Überschrift "Weitere neue Massnahmen des Stadtrates" detailliert aufgeführt und im Gesamttotal der Verbesserungen berücksichtigt. Er erachtet es als seine Führungsaufgabe, durch Optimierungen und Einsparungen Verbesserungen der Erfolgsrechnung zu erzielen.

Im Voranschlag 2013, welcher die Ausgangsbasis für ALÜ 2.0 bildete, wurde ein Aufwand von 242.5 Mio. Franken ausgewiesen. Im Budget 2016 betrug dieser noch 234.2 Mio. Franken. Allerdings wurden in der Zwischenzeit mit HRM2 Veränderungen in der Rechnungslegung vorgenommen, welche einen genauen Vergleich nicht mehr zulassen.



Wir bitten Sie, sehr geehrter Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, den periodischen Bericht zu ALÜ 2.0 zur Kenntnis zu nehmen und den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Chur, 30. März 2016

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber

Urs Marti

Markus Frauenfelder

Anhang

Übersicht Massnahmenpaket ALÜ 2.0 (Liste)

Aktenauflage

Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 (Nr. 105455) vom 1. Oktober 2013

ALÜ 2.0 Beschlossene Massnahmen Stand Mai 2016

Nr.	Massnahme	Kompetenz	Betrag
Beschlossene Massnahmen			7'339'000
1001	Defizitübernahme Bürgergemeinde streichen	Stadtrat	650'000
1004	Schweiz. Gemeindeverband, Austritt	Stadtrat	2'000
1020	Auflösung Empfang Stadthaus	Stadtrat	160'000
1101	Reduktion Treueprämien / Dienstaltersgeschenke	Stadtrat	138'000
1102	Einführung Krankentagggeldversicherung extern	Stadtrat	300'000
1105	Betriebsunfall/Nichtbetriebsunfall-Versicherung, Prämieinspar.	Gemeinderat	214'000
1150	Pensionskasse, Änderung Finanzierungsverhältnis 60:40 --> 50:50	Volk	1'270'000
1341	Ökostrom Energiestadt, Bauliche Massnahmen	Gemeinderat	180'000
1342	Ökostrom Energiekonzept 2020	Stadtrat	30'000
1343	Marktkonformität und Potential der Baurechtszinsen	Stadtrat	329'000
1346	Reinigungsintervalle nochmals prüfen	Stadtrat	90'000
1350	Sportanlagen: Einheimischentarif	Stadtrat	350'000
1401	Erhöhung Handänderungssteuer 1.5% --> 2.0%	Volk	1'000'000
1800	Polizei: Höhere Entschädigung Kanton	Stadtrat	379'000
1802	Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au	Volk	445'000
1804	Hundetaxen Erhöhung	Stadtrat	10'000
1806	Streichung der Stelle Sachbearbeiter SUP/GP (EDV Mitarbeiter)	Stadtrat	100'000
1807	Zusätzliche Verrechnungen von Leistungen an den Kanton	Stadtrat	50'000
1808	Reduktion von 70 Stellenprozenten	Stadtrat	60'000
2003	Aufhebung Entlastungslektionen Modell C Sekundarstufe I 3. Kl.	Stadtrat	80'000
2007	Kürzung Beiträge an ausserschulische Musikerziehung	Gemeinderat	50'000
2300	Schulzahnpflege: Leistungsvereinbarung mit dem Kanton	Stadtrat	8'000
2420	Beiträge Jugendsportförderung	Stadtrat	35'000
2430	Bündner Urkundenbuch	Stadtrat	3'000
2431	Beitrag Klassikforum streichen	Stadtrat	10'000
2434	Reduktion der Aufgaben der Kulturkommission	Stadtrat	5'000
2702	Aufhebung Jugendkommission	Stadtrat	2'000
2901	Entnahme aus Bodenerlöskonto (Projekt Bürgergemeinde)	Stadtrat	200'000
3000	Reduktion Projektierungsaufwand	Stadtrat	18'000
3051	Baulicher Unterhalt Werkbetrieb, Strassenunterhalt -10%	Stadtrat	14'000
3110	Hochbau: Reduktion Projektierungsaufwand	Stadtrat	171'000
3120	Bausekretariat: Anpassen Gebühren für Baubewilligungsverfahren	Gemeinderat	120'000
3130	Stadtentwicklung: Anpassung Gebühren für Folgeplanverfahren	Gemeinderat	30'000
3150	Friedhofschliessung	Stadtrat	19'000
3900	Reorganisation Departement 3	Gemeinderat	450'000
3901	Prozessoptimierung	Stadtrat	100'000
5000	Urnenstandorte reduzieren	Stadtrat	3'000
5003	Landsitzungen Dauer nur 1 Tag / Streichung Essen STR/GPK	Stadtrat	4'000
5004	Externe Sonderaufträge ablehnen	Stadtrat	2'000
	Abänderung Modell "28 plus 2", Neuroganisation Hausaufgabenbetreuung	Gemeinderat	258'000
Massnahmen im Rahmen des Voranschlags 2014			1'130'000
1003	Kreisverwaltung, Reduktion des Defizits	Stadtrat	200'000
1007	Schlagereparade, Beitrag streichen	Stadtrat	8'000
1050	Stadtarchiv: Aufbereitungszeit Pendenzen streichen	Stadtrat	20'000
1344	Liegenschaftsverw.: Marktkonformität und Potential der Mietzinsen	Stadtrat	20'000
1345	Wohnbaugenossenschaft, Aufwandsentschädigung	Stadtrat	250'000
1400	Steuerverwaltung, Intensivierung Verlustscheinbewirtschaftung	Stadtrat	100'000
1805	Polizei: Einsparung Dienstkleider und pers. Ausrüstung	Stadtrat	20'000
2302	Schulzahnpflege: Optimierung bei Behandlung durch Zahnarzt	Stadtrat	10'000
2305	Schulzahnpflege: Räume an Drittpersonen vermieten	Stadtrat	2'000
2306	Schulzahnpflege: Steigerung der Einnahmen Kieferorthopädie	Stadtrat	20'000
3001	Tiefbauverwaltung: Beiträge Erschliessungsanlagen	Stadtrat	300'000
3055	Tiefbauverwaltung: Kartonsammlung aufheben	Stadtrat	50'000
3057	Tiefbauverwaltung: APG Reklame an interessanten Stellen verdichten	Stadtrat	50'000
5007	Einsitznahme in VR durch Mitarbeitende	Stadtrat	10'000
Massnahmen im Rahmen des Budgets 2015			
1500	Amt für Telematik: Übernahme Grundbuch Domat/Ems	Stadtrat	20'000
2000	Aufhebung Schulrat / Bildungskommission	Stadtrat	40'000
2301/04/07	Diverse Massnahmen Schulzahnpflege	Stadtrat	10'000
Weitere neue Massnahmen des Stadtrates			840'500
	Günstige Refinanzierungen 2014, Einsparung Passivzinsen	Stadtrat	200'000
	Vollkostenrechnung Schulgelder externe Schüler 2014/15 - 2015/16	Stadtrat	150'000
	Schliessung des Kindergartens Passugg Araschgen Schuljahr 2014/15	Stadtrat	100'000
	Baurecht Nr. 8954 Sommerastr., Mehrwertabschöpfung (einmalig 300'000)	Stadtrat	0
	Schuldirektion, Lohnkorrektur	Stadtrat	24'000
	Werkbetrieb, Personalersatz	Stadtrat	17'000
	Cosmait, Kündigung Leistungsvereinbarung	Stadtrat	20'000
	Platzierung Asylsuchende in Chur, Abschluss Mietvertrag mit HBA GR	Stadtrat	30'000
	Steuerverwaltung, Personalersatz	Stadtrat	48'000
	Kulturfachstelle: Kündigung von Leistungsvereinb. aufgrund GRB.2014.527	Stadtrat	51'500
	Einsparungen Stromkosten, neue Stromlieferverträge mit IBC	Stadtrat	200'000
Total beschlossene Massnahmen			9'309'500

ALÜ 2.0 Abgelehnte Massnahmen

Nr.	Massnahme	Kompetenz	Betrag
1402	Erhöhung Liegenschaftsteuern 0.5%o --> 1.0 %o	Gemeinderat	4'000'000
2001	Aufhebung der zweisprachigen Kindergärten	Gemeinderat	95'000
2002	Aufhebung der zweisprachigen Klassen Primarstufe	Gemeinderat	1'551'000
2004	Aufhebung des Schulhauses Daleu	Gemeinderat	200'000
2006	Aufhebung des zweisprachigen Angebots Sekundarstufe I	Gemeinderat	80'000
2100	Abgabe Schulhaus Stadtbaumgarten/Übernahme Schulhaus Daleu	Gemeinderat	200'000
2701	Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen	Volk	750'000
3041	Neuaufgabe Kanalgebühr	Volk	2'770'000
1200	Finanzkontrolle: Reduktion um 30 Stellen%	GPK	30'000
2705	Soziale dienste: Strukturoptimierung Abt. Finanz. Leistungen 30 Stellen%	Stadtrat	30'000
2900	Wald und Alpen: Reduktion Waldbewirtschaftung	Stadtrat	10'000
3054	Öffentliche Brunnenanlagen reduzieren		
TOTAL abgelehnte Massnahmen			9'716'000

ALÜ 2.0 Nicht beschlossene Massnahmen

Nr.	Massnahme	Betrag	Kommentar
Behörden			
5006	Erlass städtischer Leistungen: Veranstaltungsabteilung	370'000	Teilweise via Chur Card erreicht; für Churer Fest 2016 geplant
Allgemeine Verwaltung			
1000	E-Mail Lösung für Lohnabrechnungen	10'000	Lösung ist evaluiert; in Bearbeitung
1002	Beitrag Stadtbus: Leistung prüfen / Prozessoptimierung	60'000	
1005	Chur Tourismus: Rechtsgrundlage für Erhebung einer TAG	150'000	pendent, Lösung bis Ende Legislatur angestrebt (2016)
1008	Bergbahnen BCD: Betriebsbeitrag / Konzept prüfen		
1009	Truppenunterkunft/ALST-Anlage: Umnutzung		
Personalamt			
1100	Kommissionen überprüfen	5'000	teilweise umgesetzt
1103	Abflachung Stufenanstieg		
1104	Stufenanstieg leistungsabhängig		
Finanzverwaltung			
1301	Konzessionsgebühr für den Einsatz von Warmwasserpumpen		Auftrag für Simultanberechnungen erfolgt (SRB 2015.490)
Liegenschaftenverwaltung			
1340	Optimierung Raumbewirtschaftung	20'000	
Sportanlagen			
1352	Eisfeld, Traglufthalle, Badi Sand, Tennis: Mehreinnahmen/Leistungen streichen		
Stadtpolizei			
1801	Nachtparkierung, Sonntagsparkierung gebührenpflichtig	25'000	
1803	Mehr Parkplätze = mehr Einnahmen (z.B. Fürstenwald)	5'000	Lösung im 2015 angestrebt
Feuerwehr			
1900	Erhöhung Pauschalbeitrag Feuerwehrwesen „Churwalden“	3'000	
1901	Erhöhung Pauschalbeitrag Feuerwehrwesen „Haldenstein“	30'000	
Gewerbliche Berufsschule			
2200	Beiträge an Berufsschulen		
Kulturfachstelle			
2433	Beitrag IGAT Amateurgruppen streichen		
Soziale Dienste			
2703	Midnight Chur		
2704	Verzicht auf flächendeckenden Ausbau Schulsozialarbeit		
Departementsleitung Dep.3			
Tiefbaudienste			
3040	Klärbeitrag erhöhen von 5‰ auf 8‰ (Spezialfinanzierung!)		
3052	Abfallentsorgung für Nachbargemeinden durch Werkbetrieb	150'000	
3053	Salzlager im Werkhof	30'000	
3056	Vollendung Molokkonzept	450'000	pendent, 100 %-Abdeckung im 2015 erreicht
3058	Gebührenerhöhung Kehricht Sackgebühr (Spezialfinanzierung)	500'000	
3059	Erhöhung Klärgebühr (Spezialfinanzierung)		
Hochbaudienste			
3120	Bausekretariat: Mietgebühren Anpassung	5'000	
3140	Stadtgärtnerei: Leistungen für Dritte insourcen	50'000	
TOTAL nicht beschlossene Massnahmen		1'863'000	